

Stadt Miesbach



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, den 25.06.2020 17:00 – 19:40 Uhr

Anwesende Gremiumsmitglieder:

Vorsitzender

1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller

Stadträte

Stadträtin Verena Assum
Stadtrat Markus Baumgartner
Stadträtin Aline Brunner
Stadtrat Manfred Burger
Stadtrat Paul Fertl
Stadträtin Malin Friese
Stadtrat Alois Fuchs
Stadtrat Stefan Griesbeck
Stadträtin Astrid Güldner (Zugang bei Top 1)
Stadtrat Florian Hupfauer (Zugang bei Top 1)
Stadträtin Inge Jooß
Stadtrat Andreas Lechner
Stadtrat Michael Lechner
Stadtrat Franz Mayer
Stadtrat Alfred Mittermaier
Stadtrat Christian Mittermaier
Stadtrat Erhard Pohl
Stadtrat Andreas Reischl (Zugang bei Top 2)
Stadtrat Florian Ruml (Zugang bei Top 1)
Stadträtin Hedwig Schmid
Stadtrat Markus Seemüller (Zugang bei Top 2)
Stadträtin Petra Six
Stadträtin Marie-Christine van Walbeek

Es fehlte entschuldigt:

Stadtrat Florian Perkmann

Es fehlte unentschuldigt:

Schriftführer:

Führer Gerhard

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bekanntgaben
2. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 73 "Am Gschwendt";
-weiteres Vorgehen, Billigungsbeschluss-
3. Umbau Freibad Miesbach; Vorstellung der Vorplanung durch die Ingenieurbüros
"Krautloher Architekten" und Möller + Meyer"; Vergabe der Leistungsphasen 3 und 4
und weiteres Vorgehen
4. Antrag der Stadtratsfraktion -Bündnis 90/ Die Grünen- auf Prüfung kommunaler Flächen
für das Biodiversitätsprojekt "Apfel, Birne, Berge - alte Obstsorten im Alpenvorland"
5. Ernennung des 1. Bürgermeisters Dr. Gerhard Braunmiller zum
Eheschließungsstandesbeamten der Stadt Miesbach
6. Veröffentlichung von nichtöffentlichen Beschlüssen des Stadtrates
7. Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge

1. Bekanntgaben

1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Das Stadtratsmitglied Florian Perkmann ist für die heutige Sitzung entschuldigt. Die Stadtratsmitglieder Markus Seemüller, Andreas Reischl und Florian Hupfauer kommen etwas später. Das Stadtratsmitglied Aline Brunner verlässt die Sitzung etwas früher.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 28.05.2020 wurde im Ratsinformationssystem (RIS) unter Allgemeine Informationen bereitgestellt bzw. per E-Mail übersandt. Sollte diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung als genehmigt.

Das Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung vom 28.05.2020 kann während der Sitzung eingesehen werden. Sollte auch diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung ebenfalls als genehmigt.

Sollte die Stadtratssitzung nicht bis spätestens 21:30 Uhr beendet sein, wird sie abgebrochen und am kommenden Donnerstag fortgeführt.

Gleisarbeiten der DB Netz im Bereich der Eishalle:

Im Rahmen der Arbeiten der DB Netz zur Auswechslung der südlichen Einfahrtsweiche des Bahnhofes Miesbach, wurde ein Antrag auf Sperrung des Bahnübergangs Tölzer Straße und Teile des Parkplatzes hinter der Eishalle bei der örtlichen Verkehrsbehörde gestellt.

Dass die Arbeiten auch nachts stattfinden war nicht bekannt. Insbesondere ist auch kein entsprechender Antrag erforderlich, da die Nachtarbeit bei Baustellen an Bahnanlagen im Bundes Eisenbahnverkehrsverwaltungsgesetz geregelt ist. Die Information der betroffenen Anwohner ist Sache des Gleisbauunternehmens. Leider wurde dem Unternehmen Material früher geliefert, als zunächst geplant. Soweit die Stadtverwaltung von geplanten Nachtarbeiten Kenntnis hat oder entsprechende Anträge vorliegen, erfolgt auch seitens der Stadt eine Information an die Anlieger.

Hochwasserschutzkonzepte

Bergham:

Die Planungen für den Hochwasserschutz Bergham sind, nachdem mit allen von den Maßnahmen betroffenen Grundstückseigentümern gesprochen wurde, durch das Ingenieurbüro SKI ausgeplant worden. Außerdem wurde der landschaftspflegerische Begleitplan mit den Vermeidungs- und Ökoausgleichsmaßnahmen erstellt und mit der Unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt abgestimmt.

Die für das Planfeststellungsverfahren erforderlichen Unterlagen wurden zwischenzeitlich komplett beim Landratsamt Miesbach eingereicht.

Wie in jedem Jahr werden die Pflege- und Unterhaltsmaßnahmen des Gewässerunterhaltungszweckverbands, der die Maßnahmen an den Gewässern 3. Ordnung für die Stadt ausführt, seitens der Anlieger in Bergham kritisch gesehen. Deshalb seien hierzu einige Informationen gegeben:

- Die Gewässerunterhaltung unterliegt gesetzlichen (Wasserrecht, Naturschutzrecht, Fischereirecht) sowie bautechnischen Rahmenbedingungen und muss in Abstimmung mit den Anforderungen der Eigentümer der anliegenden landwirtschaftlichen Flächen erfolgen
- Im Frühjahr erfolgt eine Mahd, im Herbst eine bedarfsorientierte Räumung
- Die Maßnahmen stellen lediglich Unterhalt dar, keine Hochwasserschutzmaßnahmen
- Die gegenwärtige Vegetationsphase sorgt für ein schnelles Nachwachsen der Pflanzen im und am Gewässer, eine ernsthafte Beeinträchtigung des Abflussquerschnitts ist dadurch aber nicht gegeben
- Jede Maßnahme stellt eine Störung der ökologischen Funktion des Gewässers dar
- Selbstverständlich geht der Schutz von Menschen und Sachwerten der Ökologie vor, von weiteren Maßnahme ist jedoch im Hinblick auf die Gefahr der Ausuferung kaum ein Nutzen zu erwarten
- Der optische Zustand des Gewässers stellt sich für den unbefangenen Beobachter dramatischer dar, als er es im Hinblick auf die Hydraulik und die Leistungsfähigkeit für den Abfluss wirklich ist

Kleinthal:

Der Stadtrat hatte dem Hochwasserschutzkonzept des Büros SKI für den Bereich Kleinthal/Floigerbach noch nicht zugestimmt und beschlossen, dass zunächst eine Informationsveranstaltung für den Bürger stattfinden solle. Diese wird, sobald derartige Veranstaltungen wieder möglich sind, voraussichtlich im Herbst dieses Jahres durchgeführt werden.

ALB Riviera

Am 14.05.2020 fand eine Besprechung des 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller, Herrn Michael Lechner und den zuständigen Sachbearbeitern ALB im Rathaus statt. Bei dieser Besprechung wurden verschiedene Optionen für die Neugestaltung der Riviera besprochen. Diese Optionen werden nun vorgeprüft und zeitnah ein neuer Termin angesetzt um zügig ein Konzept zu erarbeiten. Die weitere Vorgehensweise wird in einer der nächsten Sitzungen bekanntgegeben.

Bolzplatz

Am 19. Juni 2020 wurde die Sechste Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung erlassen. Der Betrieb und die Nutzung von Sportplätzen sowie von Freiluftsportanlagen, sind nur unter strengen Voraussetzungen erlaubt. Auf Grund der strengen Vorgaben muss der Bolzplatz weiterhin geschlossen bleiben, da die Stadt Miesbach die Einhaltung nicht gewährleisten kann. Es kann nicht kontrolliert werden, dass z. B. die Abstände sowie die Hygiene- und Desinfektionsmaßnahmen eingehalten werden. Wir werden stets neu prüfen, ob eine Öffnung möglich ist.

Kinderkrippe „Klosterwichtel“ an der Waitzinger Wiese

Stadträtin Jooß fragte in der letzten Stadtratssitzung nach, wie viele Kinder in der Kinderkrippe auf der Waitzinger Wiese betreut werden. Die Kinderkrippe „Klosterwichtel“ an der Waitzinger Wiese ist seit 01.02.2020 in Betrieb. Derzeit werden dort 21 Kinder betreut.

Fraktionspostfächer auf der Website

An der Umsetzung der möglichen Fraktionspostfächer wird derzeit noch gearbeitet.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Perkmann, Seemüller, Reischl

2. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 73 "Am Gschwendt"; -weiteres Vorgehen, Billigungsbeschluss-

Der Stadtrat hat am 01.08.2019 den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplanes Nr. 73 „Am Gschwendt“ gefasst und die Verwaltung beauftragt, das Verfahren für die frühzeitige Träger- und Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Zuvor wurde in den Bebauungsplanentwurf gemäß Stadtratsbeschluss eine Fläche für einen Feststoffbunker sowie eine Festsetzung zur Regelung von Fahrradabstellplätzen für Wohneinheiten eingearbeitet.

Die Verwaltung hat in der Folge gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs.1 BauGB die sog. frühzeitige Träger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Zeitraum vom 16.09.2019 bis 18.10.2019 durchgeführt.

In der Sitzung am 10.10.2019 hatte der Stadtrat die Notwendigkeit eines Bolzplatzes im Stadtgebiet am Friedhof bzw. westlichem Miesbach anerkannt und beschlossen, dass wenn der bestehende Bolzplatz in der jetzigen Lage nicht mehr aufrecht erhalten werden könne, den Miesbacher Jugendlichen in näherer Umgebung ein Ersatz-Bolzplatz in gleicher Qualität und Größe von Seiten der Stadt zur Verfügung gestellt werde. Der Platz solle spätestens mit Abschluss der Bauphase „Am Gschwendt“ zur Verfügung stehen. Die Verwaltung wurde beauftragt, weitere Optionen zu eruieren und diese in der Stadtratssitzung am 05.12.2019 aufzuzeigen. Eine Reduktion der Wohnflächen beim Neubaugebiet sei dabei keine Option.

Die Verwaltung konnte auch nach Kontaktaufnahme mit entsprechenden Grundstückseigentümern jedoch keine zur Verfügung stehenden Flächen, die geeignet wären, präsentieren. Am 05.12.2019 hatte der Stadtrat daraufhin beschlossen, dass bevor weitere Beschlüsse zum Baugebiet „Gschwendt“ gefasst werden, eine Infoveranstaltung durchzuführen sei. Diese fand am 05.02.2020 im Gasthof Bräuwirt nach entsprechender öffentlicher Bekanntmachung statt. Am 20.02.2020 hatte der Stadtrat dann die Verwaltung beauftragt, die Möglichkeiten zur Errichtung eines Bolzplatzes in der Riviera sowie im Gewerbegebiet Nord abklären zu lassen. Eine entsprechende Untersuchung für den Waitzinger Park wurde mehrheitlich abgelehnt.

Während in der Riviera ein Bolzplatz aus Immissionsschutzgründen nicht möglich ist, wäre dies am Standort Nord aus immissionsschutzrechtlicher Sicht gegeben. Eine Erstellung ohne Bebauungsplan würde seitens des Landratsamtes akzeptiert wenn wasser- und naturschutzrechtliche Aspekte berücksichtigt sind. Nach dem Verbotskatalog zur Schutzzone III des Entwurfs der Schutzgebietsverordnung für die Erweiterung des Trinkwasserschutzgebiets für die Landeshauptstadt München wären Sportanlagen zulässig. Inwieweit der Standort auch im Hinblick auf eine künftige Entwicklung des Gewerbegebiets sinnvoll wäre, sei dahin gestellt.

Zwischenzeitlich konnten die Erkundungs- und Sanierungsarbeiten im Zusammenhang mit der Problematik der Bergwerksschächte in diesem Bereich abgeschlossen werden. Die problematischen Bereiche wurden durch Verfüllungen und Verpressungen saniert. Sowohl das künftige Baugebiet wie auch die bestehende Zufahrt und die Stellplätze sind damit für künftige Nutzungen stabilisiert.

Im Rahmen der Öffentlichkeits- und Trägerbeteiligung sowie der Infoveranstaltung und von Unterschriftenaktionen gingen folgende Stellungnahmen, Anregungen und Bedenken ein (die Stellungnahmen wurden auf das Wesentliche teils stichpunktartig reduziert, der gesamte Wortlaut der Stellungnahmen bzw. eingescannte Schreiben liegen als Anlage der Beschlussvorlage bei und wurden im RIS hochgeladen):

- **Landratsamt Miesbach -Untere Immissionsschutzbehörde-; 18.09.2019**

Die Festsetzung 3.1. zur Duldung von landwirtschaftlichen Emissionen ist unzulässig (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB).

Verwaltung: Die Anmerkung ist richtig, der Passus sollte jedoch als Hinweis erhalten bleiben.

- **Landratsamt Miesbach -Untere Straßenverkehrsbehörde-; 23.09.2019**

Bei der Zufahrt zur Tiefgarage sollte auf ausreichende Sichtbeziehungen geachtet werden, ggf. in Anlehnung an Abschrift 6.3.9.3 der Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) zu Sichtfeldern.

Die Ausweisung der Stellplätze ist grundsätzlich nicht ideal, da sie unmittelbar an einer öffentlichen Straße grenzt. Da es sich allerdings um eine Nebenstraße handelt und die Zufahrt zu den Stellflächen offen ist bestehen keine Bedenken.

Bei der Ausweisung der Stellplätze sollte auf eine ausreichende Größe gem. den entsprechenden Richtlinien geachtet werden.

Hinsichtlich des verkehrsberuhigten Bereiches sind die entsprechenden bekannten Vorgaben gem. § 42 Abs. 4a StVO, der amtlichen Begründung zur Verordnung zur Änderung der StVO vom 21.07.1980 sowie der VwV-StVO zu den Zeichen 325.1 und 325.1 zu wahren, insbesondere die baulichen Mindestanforderungen:

- niveaugleicher Ausbau über die gesamte Straßenbreite;
- deutlich erkennbare Ausbildung der Zufahrten
- ggf. Gestaltungselemente im Verkehrsbereich
- ggf. geschwindigkeitshemmende Elemente, jedoch keine Hindernisse

Verwaltung: Die Hinweise zur Ausgestaltung werden soweit sinnvoll und erforderlich bei der Straßenraumgestaltung beachtet, die erforderlichen Sichtdreiecke werden im Planteil in den Bebauungsplan aufgenommen. Außerdem wurde aufgrund interner Überlegungen der insbesondere für den Winterdienst ungünstige Erschließungssituation an der Nordostecke reduziert und durch eine private Erschließung mit entsprechenden Dienstbarkeiten ersetzt.

- **Zweckverband zur Abwasserbeseitigung im Schlierachtal (ZAS); 20.10.2019**

Das bestehende Ortskanalnetz der Stadt Miesbach muss zwingend zur Aufnahme der aus dem geplanten Baugebiet anfallenden Schmutzwässer hinsichtlich der hydraulischen Leistungsfähigkeit durch bauliche Maßnahmen erweitert und angepasst werden!

Erschließungsplanung ist erforderlich!

Die Sickerfähigkeit des Bodens ist nachzuweisen, abzuleitendes Niederschlagswasser darf nicht in den Schmutzwasserkanal eingeleitet werden.

Technische Hinweise zum Standsicherheitsnachweis von abwassertechnischen Anlagen.

Verwaltung: Die Problematiken sind bekannt und werden berücksichtigt, ausgeplant und umgesetzt. Die Ertüchtigung des bestehenden Ortskanalnetzes insbesondere in der Frauenschulstraße ist zwar Voraussetzung für die Erschließung des Baugebiets „Am Gschwendt“, die Notwendigkeit besteht allerdings unabhängig davon. Der bestehende Mischwasserkanal in der Frauenschulstraße wird in einen Schmutzwasserkanal umgewandelt, der auch das Schmutzwasser aus dem neuen Baugebiet aufnimmt.

Parallel wird ein neuer Regenwasserkanal gebaut, der das Niederschlagswasser aus dem neuen Baugebiet aufnehmen kann, da die Versickerungsmöglichkeit im Baugebiet aufgrund der Untergrundverhältnisse und der erfolgten Verpressungen nicht gegeben ist. Bzgl. der inneren Erschließung des Baugebiets gibt es Überlegungen, diese durch einen externen Erschließungsträger erstellen zu lassen. Erste Gespräche haben bereits stattgefunden, die Ergebnisse werden dem Stadtrat zu gegebener Zeit mitgeteilt.

- **E.ON SE; 13.09.2019**

Es wird gebeten, die „Flächen, unter denen der Bergbau umging“, sowohl im Plan, als auch in der Begründung und der textlichen Festsetzung wie folgt zu bezeichnen:

„Umgrenzung von Flächen, bei deren Bebauung besondere Vorkehrungen gegen Einwirkungen des früheren Bergbaus erforderlich werden können (§ 9 Abs. 5 BauGB).“

Verwaltung: Der Hinweis wurde aufgenommen.

- **Regierung von Oberbayern -Bergamt Südbayern-; 19.09.2019**

Das Bergamt erhebt aufgrund der durch die Stadt veranlassten umfangreichen Erkundungen und Sicherungen der Bergwerkssituation keine Einwände gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 73 „Am Gschwendt“, bittet jedoch in diesem Zusammenhang um Übermittlung einer Kopie des Abschlussberichts nach Beendigung der Sicherungs- bzw. Verwahrungsmaßnahme.

- **VIVO Kommunalunternehmen für Abfall-Vermeidung, Information und Verwaltung im Oberland; 23.09.2019**

- Der 3-geschossige Wohnungsbau kann nur über die „Von-Vollmar-Straße“ entsorgt werden. Die Behälter müssen an der Straße bereitgestellt werden. Ein barrierefreier Zugang für die Bewegung von 1,1 m³-Container sollte angelegt werden.
- Die 2-geschossige Bebauung in der Osthälfte wird über die Straße „Am Gschwendt“ erschlossen. Sollte der Kurvenradius der Erschließungsschleife nicht ausreichend dimensioniert sein, müssten die Abfall- und Wertstoffbehälter an der Straße „Am Gschwendt“ bereitgestellt werden. Ein entsprechender Behälterstandortplatz wäre sinnvoll.
- Für die Einbahnregelung wäre eine Straßenbreite von 4,00 m (anstatt der geplanten 3,50 m) wünschenswert.

Verwaltung: Ein Nachweis der ausreichenden Dimensionierung der Kurvenradien ist durch entsprechende Schleppkurven erfolgt. Die Kurvenradien werden in den Bebauungsplan eingearbeitet. Die Hinweise werden bei der Freiflächengestaltungsplanung berücksichtigt.

- **Wasserwirtschaftsamt Rosenheim; 18.10.2019**

Es werdend folgende Festsetzungen und Hinweise im Bebauungsplan für erforderlich gehalten:

Festsetzungen:

- Die neuen Gebäude sollten mindestens bis zu einem Maß von 25 cm über dem umliegende Gelände wasserdicht zu errichtet werden (Keller wasserdicht, dies gilt auch für Tiefgaragen, Kelleröffnungen, Lichtschächte, Zugänge, Installationsdurchführungen etc.).

Hinweise:

- Auf die Hochwasserschutzfibel des Bundesbauministeriums wird verwiesen (<http://www.bmub.bund.de/themen/bauen/bauwesen/gesetzgebung-und-leitfaeden/leitfaeden/hochwasserschutzfibel/>).
- Der Abschluss einer Elementarschadensversicherung wird empfohlen. (<http://www.elementar-versichern.bayern.de/>).

Verwaltung: Die Anregungen wurden aufgenommen!

- **Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Holzkirchen; 18.10.2019 und**
- **Bayerischer Bauernverband, Holzkirchen; 18.10.2019**

Beide Institutionen weisen auf die Belange der Landwirtschaft bzgl. der verbleibenden Grünflächen hin: Zufahrtsmöglichkeiten, Hundekot, Emissionen etc.

Verwaltung: Die Hinweise betreffen nicht die Festsetzungen des Bebauungsplanes.

- **Deutsche Telekom Technik GmbH, Landshut; 11.10.2019**

Die Telekom prüft derzeit die Voraussetzungen zur Errichtung eigener TK-Linien im Baugebiet. Je nach Ausgang dieser Prüfung wird die Telekom eine Ausbauentcheidung treffen. Vor diesem Hintergrund behält sich die Telekom vor, bei Unwirtschaftlichkeit oder einem geplanten Ausbau einer TK-Infrastruktur durch einen anderen Anbieter auf die Errichtung eines eigenen Netzes zu verzichten.

Im Geltungsbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die durch die geplanten Baumaßnahmen möglicherweise berührt werden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass aus wirtschaftlichen Gründen eine unterirdische Versorgung des Neubaugebietes durch die Telekom nur bei Ausnutzung aller Vorteile einer koordinierten Erschließung möglich ist.

Daher wird beantragt, folgendes sicherzustellen:

- Dass für den Ausbau des Telekommunikationsliniennetzes im Erschließungsgebiet eine ungehinderte, unentgeltliche und kostenfrei Nutzung der künftigen Straßen und Wege möglich ist,
- Dass eine rechtzeitige und einvernehmliche Abstimmung der Lage und der Dimensionierung der Leitungszonen vorgenommen wird, sowie eine Koordinierung der Tiefbaumaßnahmen für Straßenbau und Leitungsbau durch den Erschließungsträger erfolgt.
- Dem Vorhabenträger ist aufzuerlegen, dass dieser für das Vorhaben einen Bauablaufzeitenplan aufstellt und unter Berücksichtigung der Belange der Telekom abzustimmen hat, damit Bauvorbereitung, Kabelbestellung, Kabelverlegung, Ausschreibung von Tiefbauleistungen usw. rechtzeitig eingeleitet werden können. Für die Baumaßnahme der Telekom wird eine Vorlaufzeit von 6 Monaten benötigt.
- In allen Straße bzw. Gehwegen sind geeignete und ausreichende Trassen mit einer Leitungszone für die Unterbringung der Telekommunikationslinien vorzusehen.

Verwaltung: Die Ausführungen werden bei der Erschließungsplanung berücksichtigt.

- **Bayernwerk Netz GmbH -Netzdienste Oberbayern Süd, Kolbermoor-; 12.09.2019**

Gegen das Planungsvorhaben bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb der Anlagen nicht beeinträchtigt werden.

- **Vodafone Kabel Deutschland GmbH; 07.10.2019**

Eine Ausbauentcheidung trifft Vodafone nach internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend des Auftrags zu einem Neubaugebiet.

- **Bayerisches Landesamt für Umwelt, Augsburg; 23.09.2019**

Nach Prüfung durch die betroffenen Fachreferate werden für das Landesamt relevante Belange nicht berührt bzw. wurden ausreichend berücksichtigt.

- Weder Bedenken noch Anregungen wurden vom Landratsamt Miesbach - Architektur/Städtebau/Denkmalschutz-, Landratsamt Miesbach -Untere Naturschutzbehörde-, Landratsamt Miesbach -Wasserrecht/Bodenschutzrecht-, Amt für Landwirtschaft und Forsten -Abt. Forst-, Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, Energienetze Bayern GmbH & Co. KG, ... vorgebracht.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gingen im Wesentlichen folgende Argumentationen ein:

- Erhalt des Bolzplatzes unter Einbeziehung der Bewohner und der Jugendlichen für die Planung der Bolzplatzfläche
- Erhalt des Bolzplatzes mit Unterschriftenliste, insbesondere da ein Kinderspielplatz für kleinere Kinder an der Von-Vollmar-Straße weiter nördlich vorhanden ist, aber eine Spielmöglichkeit für größere Kinder erhalten werden muss
- Protest gegen die Zerstörung von innerörtlichem Grün
- Weitere Unterschriftenliste mit folgenden Darstellungen:
 - Bolzplatz fällt weg - Schlittenberg fällt weg - kein Drachensteigen mehr möglich - alle Stellplätze fallen weg - Parkplatznot besteht schon jetzt - „Name Auf der Grün passt nicht mehr“ - Bedenken wegen Überbesiedlung
- Andere Flächen wären besser für eine Bebauung geeignet (z.B. im Anschluss an die Gewerbegebiete Nord und Ost)
- Konträr zum Argument der Überbesiedlung wurde während der Infoveranstaltung vorgetragen, es würde im Verhältnis auf zu wenig Fläche Geschoßwohnbau festgesetzt und auf zu viel Fläche eine lockere Einzel- bzw. Doppelhausbebauung

Verwaltung:

Der Erhalt des Bolzplatzes ist auf den zur Verfügung stehenden Flächen im Plangebiet unter Beachtung des Immissionsschutzes nicht möglich. Der gegenwärtig vorhandene Bolzplatz ist nicht genehmigt, er hat keinen Bestandsschutz und wäre auch unter den gegenwärtig gegebenen planungsrechtlichen Voraussetzungen nicht zulässig. Der Stadtrat hatte die Verwaltung beauftragt alternative, Standorte für einen Bolzplatz zu prüfen. Unabhängig davon sieht der Bebauungsplanentwurf eine Grünfläche mit einer Tiefe von ca. 17 und einer Breite von ca. 95 Metern vor, in der ein Kinderspielplatz integriert ist. Die freie Wiesenfläche kann als Ballspielfläche für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stehen. Solange keine weiteren Einrichtungen wie Tore und ähnliches aufgestellt werden, handelt es sich insoweit nicht um eine Sportanlage, für die dann auch nicht die Sportanlagenlärmschutzverordnung einschlägig ist. Ein Kinderspielplatz mit seinen unvermeidlichen Emissionen ist in einem allgemeinen Wohngebiet als übliche Lebensäußerung hinzunehmen.

Bzgl. der Anmerkung, es werde innerörtliches Grün zerstört und es gäbe Flächen, die für eine Wohnbebauung besser geeignet wären, muss auf folgende Sachlage hingewiesen werden:

Die Landesplanung setzt als überörtliche und überfachliche Planung mit den Festlegungen des Bayer. Landesplanungsgesetzes (BayLplG) und des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP) einen Rahmen für nachfolgende Planungsebenen, insbesondere die Bauleitplanung der Kommunen. Art. 5 Abs. 2 BayLplG formuliert als Leitmaßstab die nachhaltige Raumentwicklung und trifft Festsetzungen zur Flächenschonung. Das LEP fordert als Ziel in 3.2., dass vor der Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlungszwecke im bauplanungsrechtlichen Außenbereich zunächst sämtliche Potentiale der Innenentwicklung genutzt werden. Die als besser geeigneten Flächen beispielhaft aufgeführten Gebiete liegen im Außenbereich, im Landschaftsschutzgebiet und teils in der geplanten Erweiterung eines Wasserschutzgebietes.

Demgegenüber liegt die Fläche des neuen Bebauungsplanes bereits seit Anfang der 70er Jahre im Geltungsbereich eines früheren Bebauungsplanes, ist heute teils als Erweiterung für den Friedhof und teils als Grünfläche festgesetzt. Die Fläche liegt daher nicht mehr im Geltungsbereich der Landschaftsschutzgebietsverordnung.

Bzgl. der Stellplätze sei angemerkt, dass nicht, wie fälschlicher Weise in den Anschreiben zur Unterschriftssammlung dargestellt, sämtliche vorhandene Stellplätze wegfallen. Die Stellplätze Am Gschwendt bleiben bis auf zwei erhalten. Die Tatsache, dass eine Stellplatzreihe in den Bebauungsplanumfang aufgenommen wurde, bedeutet nicht, dass diese dem neuen Baugebiet zugeordnet werden, sondern dies war aus formalen Gründen notwendig, um die Anbindung der Ringstraße der inneren Erschließung sinnvoll festsetzen zu können. Aufgenommen wurden zudem ein paar weitere Stellplätze im Bereich der Wertstoffinsel. Entlang der Von-Vollmar-Straße entstehen weitere Querparker. Zudem wird geprüft, ob in Teilbereichen der Von-Vollmar-Straße das Längsparken erlaubt werden kann.

Im neuen Baugebiet müssen pro Wohneinheit zwei Stellplätze geschaffen werden. Im Bereich der bestehenden Bebauung an der Von-Vollmar-Straße sind teils nur wenige Stellplätze vorhanden, teils sind die Stellplätze aufgrund ihres Alters für heutige Verhältnisse unterdimensioniert. Die Tatsache kann aber nicht zu einer Verpflichtung der öffentlichen Hand führen, für diese Defizite im privaten Bereich auf Kosten der Allgemeinheit Ausgleich zu schaffen. Die bestehenden ca. 50 Stellplätze im Bereich der Wertstoffinsel an der Von-Vollmar-Straße fallen in der Tat größtenteils weg. Die Stadt als Eigentümerin der Flächen hatte hier, solange die im Bebauungsplan festgesetzte Friedhofserweiterung nicht umgesetzt wird, das Parken auf Widerruf gestattet. Ein Rechtsanspruch besteht allerdings nicht, die Stellplätze sind nicht gewidmet. Bis vor einigen Jahren wurden diese Stellplätze zudem zum Abstellen von Wohnmobilen, Lieferwagen und Anhängern genutzt, bis dies seitens der Stadt unterbunden wurde.

Zudem haben sich die Eigentümern bzw. Miteigentümer der überplanten Flächen wie folgt geäußert: Interesse an Nahwärmeversorgung, aber Ablehnung eines Anschluss- und Benutzungszwangs, der nicht vorgesehen und in der gegebenen Konstellation auch rechtlich nicht umsetzbar ist.

Weiteres Vorgehen:

- Nach Billigungsbeschluss erneute Beteiligung Träger öffentlicher Belange und Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB
- Planungen innere Erschließung, evtl. Einschaltung eines Erschließungsträgers
- Private Flächenumlegung, städtebauliche Verträge bzgl. Erschließung
- Prüfung Parkmöglichkeiten Von-Vollmar-Straße
- Im Hinblick auf vertragliche Konstellationen und bisher aufgelaufene Kosten sollte die Stadt das Bebauungsplanverfahren zielführend weiterbetreiben, auch wenn die Bolzplatzersatzfrage nicht abschließend geklärt ist

Diskussion im Stadtrat:

Stadtratsmitglied Fertl plädiert dafür, den Billigungsbeschluss zu fassen und betont die Wichtigkeit des sozialen Wohnungsbaus. Es gibt zumindest derzeit noch gute Förderung, die abgegriffen werden sollte, weshalb die Stadt zügig weitergehen sollte, er regt die Gründung eines Kommunalunternehmens an und verweist darauf, dass andere Kommunen so verfahren. Auch wenn ihm bewusst ist, dass es in der heutigen Sitzung um einen Beschluss in einem öffentlich-rechtlichen Bebauungsplanverfahren geht, problematisiert er das dahinterstehende privatrechtliche Baulandmodell und mahnt an, die Stadt müsse darauf achten, dass bei der anstehenden Umlegung nicht durch den Ansatz von aus seiner Sicht nicht gerechtfertigten Wertfaktoren ein Ungleichgewicht zu Lasten der Stadt entstehe. Es sollte eine Umlegung nach Flächen erfolgen.

Bauamtsleiter Breitwieser erläutert kurz das gewählte Modell zur gemeinsamen Baulandentwicklung mit privaten und verweist darauf, dass eine Umlegung nach Flächen nur möglich und rechtlich haltbar ist, wenn die Flächen gleichwertig sind. Wenn wie in vorliegendem Fall die Flächen aber von der Dichte und Geschossigkeit her unterschiedliches Baurecht aufweisen, dann muss dies bei der Umlegung durch einen entsprechenden Faktor berücksichtigt werden. Dies ergibt sich aus dem Rechtsstaatsprinzip, aus dem Gerechtigkeitsgedanken und aus der Tatsache, dass bei städtebaulichen Verträgen und Leistungsvereinbarungen der Angemessenheitsgrundsatz zu berücksichtigen ist.

Wie diese Wertigkeit rechnerisch berücksichtigt wird, muss in den anstehenden Vertragsverhandlungen zur Umlegung vereinbart werden. Er erklärt, dass die Stadt vom gewählten Baulandmodell in mehrfacher Hinsicht profitiere, insbesondere erhält die Stadt Flächen zur eigenen Verwendung, durch die Umlegung entstehen vernünftige bebaubare Parzellen und die Stadt partizipiert am Planungsgewinn.

Weitere Stadtratsmitglieder betonen, dass die Baulandentwicklung gewünscht und unterstützt werde. Problematisiert wird von einigen allerdings die Stellplatzsituation „Am Gschwendt“ bzw. am Friedhof, wozu man sich intensiv Gedanken machen sollte. In diesem Zusammenhang kam die Frage auf, ob eventuell auf den Grundstücken des Freistaates Stellplätze verwirklicht werden könnten. Die Verwaltung wird diese Frage prüfen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die von der Verwaltung formulierte Stellungnahmen zu den Einwendungen, billigt den Bebauungsplanentwurf des Architekten Sodomann samt Begründung in der Fassung vom 25.06.2020 und beauftragt die Verwaltung, die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 24 / 0

Hinweis: ohne: Perkmann

3. Umbau Freibad Miesbach; Vorstellung der Vorplanung durch die Ingenieurbüros "Krautloher Architekten" und Möller + Meyer"; Vergabe der Leistungsphasen 3 und 4 und weiteres Vorgehen

In der Stadtratssitzung am 01.08.2019 wurde die 1. Bürgermeisterin vom Stadtrat ermächtigt für eine Sanierung „light“ (Erneuerung der Folie und der Technik) die Leistungsphasen 1 und 2 (Grundlagenermittlung bis Kostenschätzung) an ein Architektur-, sowie ein Ingenieurbüro für die technische Ausrüstung zu vergeben. Diese wurden daraufhin auch so beauftragt.

In mehreren Gesprächen wurde die Aufgabenstellung „Sanierung light“ besprochen. Die Architekten erstellten daraufhin folgende Stellungnahme:

Im Zuge der Erstellung des Vorentwurfes wurde seitens der Stadt Miesbach der Wunsch geäußert, die Sanierung des Freibades in einer Light-Variante auszuführen. Hierbei war der Wunsch der Stadt mit minimalsten finanziellen Mitteln die Freibadanlage zu sanieren und auf den aktuellen technischen Stand zu bringen. Im Zuge des Vorentwurfes wurde gemeinsam mit dem Architekturbüro Krautloher und dem Ingenieurbüro Möller + Meyer die Wünsche des Bauherren untersucht. Im Zuge der Untersuchungen wurde festgestellt, dass die Variante „Light“ von den Planer nicht umgesetzt werden kann, da diese Variante den allgemeinen anerkannten Regeln der Technik (a.a.R.d.T.) und den Anforderungen der verschiedenen DIN-Vorschriften widerspricht und somit eine Verantwortung seitens der Planer nicht übernommen werden kann. Weiterhin wurde die Sinnhaftigkeit einer solchen Light-Variante im Zuge einer ganzheitlichen Betrachtung über den nächsten Lebenszyklus des Bades diskutiert.

Laut Aussage der Stadt Miesbach wurden die Möglichkeit der Light-Variante durch die Abstimmung mit dem Gesundheitsamt bestätigt, da von Seiten des Gesundheitsamtes die einfache Sanierung als unproblematisch angesehen wird, dies ist jedoch mit der Bedingung verknüpft, dass die Wasserwerte eingehalten werden. Eine solche Bedingung ist jedoch bei einer Sanierung problematisch.

Die Architekten und Ingenieure sind angehalten nach den a. a. R. d. T. zu planen. Eine Befreiung davon würde die Verantwortung auf den Freistellenden, hier auf die Stadt Miesbach und deren Verantwortliche, übertragen.

Die Sicherstellung Anforderungen an das Rein- und Beckenwasser nach DIN 19643 wird durch die Einhaltung dieser unterstellt. Auch bei Einhaltung der DIN gibt es jedoch gelegentlich Abweichungen.

Bei den Genehmigungsbehörden wird davon ausgegangen, dass bei Einhaltung der DIN eine ordnungsgemäße Wasseraufbereitung möglich ist. Wird von der DIN abgewichen, kann nicht mehr nachvollzogen werden wo die Ursache für die Probleme liegt. Speziell die fehlende umlaufende Überlaufrinne, die nicht ordnungsgemäße Einströmung und eine nicht DIN 19643 entsprechende Anlage würde einen Nachweis unmöglich machen, dass die Ursache an andere Stelle als in der nicht ordnungsgemäß ausgeführten Anlage liegt.

In einem solchen Fall und mit einer Investition von ca. 1,0 Mio. € wäre dann die Beweislast unklar. Eine solche Verantwortung kann ein beratender Ingenieur bzw. ein Architekt nicht übernehmen. Ein Austausch der Folie 1:1 unter Beibehaltung der technischen Anlagen würde somit von keinem Planer verantwortet werden können. Außerdem treten nach Aussage der Stadt derzeit schon Probleme bei der Einhaltung der Wasserwerte auf. Das Gesundheitsamt ist somit sensibilisiert.

In der Erwartung von zunehmenden Hitzeperioden in den Sommern und Massenandrängen im Bad, wenn dies auch nur kurzzeitig ist, lassen zunehmend Probleme mit der Anlage erwarten. Weiterhin ist die Anlage in die Jahre gekommen, Reparaturen und Notreparaturen werden immer häufiger und umfangreicher auftreten.

Weiterhin besteht die Problematik der Personalbeschaffung. Mit einer solchen alten bzw. „light“-sanierten Anlage Personal zu finden, wird zunehmend schwerer.

Die technischen Probleme im Detail können wie folgt dargestellt werden:

- *Technikgebäude zu klein, stark sanierungsbedürftige Gebäudesubstanz*
- *fehlende ordnungsgemäße Einströmung*
- *fehlende Überlaufrinne mit 100 % Überlauf*
- *zu klein dimensionierte Badewasseraufbereitungs- und Umwälzanlage*
- *nicht den Vorschriften entsprechende technischen Anlagen.*

Um richtig zu sanieren ist der Bau eines neuen Technikgebäudes mit zugehörigen Behälteranlagen und der Einbau eines neuen Beckens mit entsprechender Beckenhydraulik und umlaufender Überlaufrinne zu empfehlen. Unter diesen Voraussetzungen ist das Bad zukunftsfähig für den nächsten 30 bis 40 Jahre.“

Aus diesem Grund muss eine umfangreichere Sanierung durchgeführt werden. In der Stadtratssitzung am 23.01.2020 wurden von den Architekten die Planungen vorgestellt. Die Fragen des Stadtrates zu den Planungen wurden umgehend beantwortet. In der folgenden Diskussion gingen die Meinungen des Stadtrates auseinander. Ein Teil des Stadtrates teilte mit, dass eine Entscheidung über die Sanierung nicht mehr von diesem Stadtrat getroffen werden sollte. Das Thema sollte in die neue Legislaturperiode verschoben werden. Ein anderer Teil sprach sich dafür aus, dass die Planungen vorangetrieben werden sollten und die Leistungsphasen 3 und 4 beschlossen werden sollten.

Mit diesen Leistungsphasen hat man eine fertige Planung mit der ein Zuschussantrag und ein Bauantrag gestellt werden kann. Ein dritter Teil des Stadtrates erklärte dazu, dass eine Entscheidung zwar in dieser Legislaturperiode noch getroffen werden sollte, allerdings eine Verschiebung in eine der nächsten beiden Sitzungen (Februar oder März) sinnvoll ist. Hauptgrund sei, dass laut den Vorstellungen der Architekten keine Sanierung light möglich ist. Für eine größere Sanierung, die auch hohe Kosten mit sich trägt, benötigen die Stadtratsmitglieder noch Bedenkzeit. Des Weiteren kam von einzelnen Stadtratsmitgliedern die Frage, ob man das Freibad überhaupt noch beheizen sollte. Auch diese Variante sollte überdenkt werden.

Der Stadtrat beschloss in der Sitzung, dass die Sanierung des Freibades zurückgestellt werden soll. Eine Entscheidung darüber soll erst in der nächsten Legislaturperiode vom „neuen“ Stadtrat getroffen werden. In der Zwischenzeit fanden mehrere Gespräche mit den Ingenieurbüros statt. Dabei wurden noch mehrere Varianten zur Beckenwassererwärmung untersucht. Diese Untersuchungen vom Ingenieurbüro Möller + Meyer liegen dem Stadtrat als Anlage bei.

In der heutigen Sitzung stellen die Architekten die Planungen (siehe Anlagen) erneut vor. Die geschätzten Gesamtkosten bei einem Edelstahlbecken mit Technikerneuerung liegen bei ca. 3.332.000,00 € brutto. Bei einem neuen Folienbecken reduzieren sich die Kosten um ca. 300.000,00 €. Eine Fördermöglichkeit gibt es im Zuge des Sonderprogramms zur „Sanierung kommunaler Schwimmbäder in Bayern“.

Förderfähig sind Investitionen für die Sanierung, die Modernisierung und die barrierefreie Umgestaltung von kommunalen Bädern, in denen Schulschwimmen oder Schwimmkurse angeboten werden. Förderfähig sind nur Becken, die sich zum Schwimmen eignen und die eine Wassertiefe von mehr als 60 cm aufweisen, sowie die dem Badebetrieb zugeordneten Umkleiden, Duschbereiche, WC-Anlagen und Technikbereiche. Der Fördersatz-Orientierungswert beträgt 25%. Somit könnte die Maßnahme mit ca. 830.000,00 € gefördert werden.

Für die Beantragung der Förderung und Bauantragstellung ist eine Genehmigungsplanung (Leistungsphase 4) notwendig.

Nach der Darstellung des Sachverhalts durch den 1. Bürgermeister stellte Herr Krautloher vom Ingenieurbüro „Krautloher Architekten“ und Herr Hartisch vom Ingenieurbüro „Möller + Meyer“ die Planungen vor. Herr Krautloher erklärte dabei welche Umbaumaßnahmen vorgenommen werden müssen und zeigte 2 mögliche Varianten, wie das Warmbad umgestaltet werden könnte. Herr Hartisch ging bei seiner Präsentation auf die Technik ein und zeigte 6 Varianten zur Beckenerwärmung auf. Diese stellen sich wie folgt dar:

Variante 1 Kessel	70.000,00 € bis 75.000,00 €
Variante 2 Geothermiewärmepumpe	350.000,00 € bis 420.000,00 €
Variante 3 Anbindung FW Netz	80.000,00 € bis 100.000,00 €
Variante 4 Blockheizkraftwerk	350.000,00 € bis 400.000,00 €
Variante 5 Holzheizung	300.000,00 € bis 450.000,00 €
Variante 6 Luftwärmepumpe	300.000,00 € bis 400.000,00 €

Nach der Vorstellung stellte der 1. Bürgermeister heraus, dass mit diesen Vorplanungen nun die Leistungsphasen 1 + 2 abgeschlossen sind. Nun sollten die Leistungsphasen 3 + 4 beauftragt werden. Nach 50%iger Fertigstellung der Leistungsphase 3 werden die Planungen erneut dem Stadtrat vorgestellt.

In der folgenden Diskussion war sich der Stadtrat einig, dass man weiterkommen sollte und die beiden Leistungsphasen 3 + 4 beauftragen sollte. Allerdings gingen die Meinungen beim Thema Beckenwassererwärmung auseinander. Ein Teil des Stadtrates sprach sich dafür aus, dass überhaupt keine Zusatzheizung benötigt wird. Das Beckenwasser sollte lediglich über ein Solar- oder Absorberanlage erwärmt werden. Ein anderer Teil erklärte, dass die Erwärmung zwar über eine Solar- oder Absorberanlage soweit wie möglich erfolgen soll. Allerdings ist eine Zusatzheizung zwingend notwendig, da es ein Warmbad bleiben soll und bei schlechter Witterung die Wassertemperatur ohne Heizung nicht gehalten werden kann. Die Anbindung an die Fernwärmeleitung des Landkreises wäre dabei die beste Lösung.

Ein weiteres Diskussionsthema war die Höhe der Wassertemperatur. Dabei wurde diskutiert, ob die Temperatur von 24° Celsius gehalten werden soll oder ob eine geringere Temperatur auch ausreichend ist.

Nach der Diskussion stellte der 1. Bürgermeister folgende Beschlüsse zur Abstimmung.

Beschluss 1:

Der Stadtrat stimmt der Beauftragung der Leistungsphasen 3 und 4 für den Umbau des Freibades Miesbach an die Ingenieurbüros zu.

Abstimmungsergebnis: 24 / 0

Hinweis: ohne: Perkmann

Beschluss 2:

Die architektonischen Varianten 1 + 2 vom Ingenieurbüro „Krautloher Architekten“ werden weiterfolgt.

Abstimmungsergebnis: 24 / 0

Hinweis: ohne: Perkmann

Beschluss 3

Der Stadtrat stimmt der Beckenerwärmung mit einer Zusatzheizung zu. Des Weiteren soll die Absorber- oder Solarenergie soweit wie möglich genutzt werden.

Abstimmungsergebnis: 20 / 4

Hinweis: ohne: Perkmann

Beschluss 4:

Der Stadtrat stimmt einer Stütztemperatur des Beckenwassers von 24° Celsius zu.

Abstimmungsergebnis: 19 / 5

Hinweis: ohne: Perkmann

Beschluss 5:

Die Planungen der Beckenwassererwärmung soll nur über Solarenergie, ohne Zusatzheizung, erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 4 / 20 (abgelehnt)

Hinweis: ohne: Perkmann

4. Antrag der Stadtratsfraktion -Bündnis 90/ Die Grünen- auf Prüfung kommunaler Flächen für das Biodiversitätsprojekt "Apfel, Birne, Berge - alte Obstsorten im Alpenvorland"

Im Rahmen eines Biodiversitätsprojektes werden in sechs Landkreisen entlang der Alpenkette seit 2015 im Auftrag der Regierung von Oberbayern seltene Apfel- und Birnensorten gesucht. Dabei wurden bisher rund 250 Bäume entdeckt. Diese „vergessenen“ Sorten werden nachgezogen und sollen in Sortenerhaltungsgärten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Das Landratsamt Miesbach sucht hier auch im kommunalen Bereich nach geeigneten Flächen, um Sortenerhaltungsgärten anzulegen.

Im Oberbayerischen Alpenvorland spielen Streuobstwiesen eine wichtige Rolle für das Erscheinungsbild der Kulturlandschaft. Doch seit den 1950er Jahren setzte sich nach und nach der Plantagenanbau mit wenigen Obstsorten durch. Obst kann heute ganzjährig in jedem Supermarkt gekauft werden; der eigene Obstanbau ist somit keine Notwendigkeit mehr. Dabei sind Streuobstwiesen Lebensraum für über 5000 Tier- und Pflanzenarten und zählen somit zu den artenreichsten Lebensräumen Mitteleuropas.

„Apfel-Birne-Berge“ ist ein Projekt zur Umsetzung der Bayerischen Biodiversitätsstrategie und wird gefördert vom Bayerischen Naturschutzfonds.

Die zweite Bürgermeisterin, Frau Astrid Güldner, stellte den Antrag der Grünen dem Stadtrat vor und führte auf, dass die Projektleiterin für „Apfel, Birne, Berge – alte Obstsorten im Alpenvorland“ Frau Eva Bichler-Öttl sei. Es sind sechs Landkreise am Projekt beteiligt und in dreien wurden Flächen für Obstbäume gefunden. Seit 1965 verschwinden immer mehr Streuwiesen und durch das Projekt sollen sich alte Obstsorten wieder ansiedeln. Schulen könnten am Projekt teilnehmen. ALB betroffene Flächen wie z.B. die Riviera würden sich für das pflanzen von Obstbäumen sehr gut eignen.

Stadtrat Christian Mittermaier unterstützt den Vorschlag der Grünen und schlägt zugleich, eine Patenschaft für Schulen vor.

Stadratsmitglied Markus Seemüller geht diese Idee nicht weit genug, er besitze selber Obstbäume und weiß, dass diese viel Pflege brauchen. Er stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, in welchem eine Beschlusserweiterung enthalten ist, mit folgendem Vorschlag: Bevor Bäume gepflanzt werden, muss ein Baumpate, welcher sämtliche Kosten und Pflegemaßnahmen übernimmt, zur Verfügung stehen.

Im weiteren Diskussionsverlauf wurden diverse Anregungen für die Möglichkeiten bei solchen Streuobstwiesen besprochen.

Des Weiteren gaben teile des Gremiums zu bedenken, dass erst mehr Informationen an den Stadtrat herangetragen werden sollen, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Ebenso muss im Vorfeld abgeklärt werden, ob überhaupt Bedarf für ein solches Projekt besteht.

Frau Güldner bittet den Stadtrat, sich auf den Ursprung des Antrages zu fokussieren, was bedeutet, erst einmal einen Prüfauftrag zu erteilen, ob in der Stadt Miesbach überhaupt geeignete Flächen zur Verfügung stehen würden. Es soll nicht der zweite Schritt vor dem ersten gemacht werden.

Im Hinblick auf den Asiatischen Laubholzbockkäfer und den damit verbundenen Einschränkungen, möchte Stadratsmitglied Michael Lechner von der zuständigen Sachbearbeiterin ALB wissen, auf was die Stadt Miesbach aufpassen muss. Frau Bauer, stellvertretende Ordnungsamtsleiterin gibt an, dass auf Grund der Allgemeinverfügung vom LfL, Obstbäume zu den „erweiterten“ Wirtspflanzen zählen. Dies bedeutet, dass zwar eine Anpflanzung möglich ist, die angepflanzten Bäume jedoch ebenfalls 6 x im Jahr einem gesonderten Monitoring unterzogen werden müssen. Die Kosten für diese Monitoring sollten nicht außer Acht gelassen werden. Frau Güldner erklärt daraufhin, dass das Projekt erst ab 2023 beginnen soll. Sie hat sich bereits beim LfL erkundigt und der ALB sollte bis dahin kein Problem mehr sein.

Beschluss 1:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung zur Prüfung kommunaler Flächen für die Anlage von Sortenerhaltungsgärten. Bevor Bäume gepflanzt, werden muss ein Baumpate, welcher sämtliche Kosten und Pflegemaßnahmen übernimmt, zur Verfügung stehen.

Abstimmungsergebnis: 10 / 14 (abgelehnt)

Hinweis: ohne: Perkmann

Beschluss 2:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, in Zusammenhang mit dem Projektleitern und/oder dem Kreisfachberater für Gartenkultur und Landespflege, zur Prüfung kommunaler Flächen für die Anlage von Sortenerhaltungsgärten im Rahmen des Biodiversitätsprojektes „Apfel, Birne, Berge – alte Obstsorten im Alpenvorland.“

Abstimmungsergebnis: 21 / 3

Hinweis: ohne: Perkmann

5. **Ernennung des 1. Bürgermeisters Dr. Gerhard Braunmiller zum Eheschließungsstandesbeamten der Stadt Miesbach**

Damit der zum 01.05.2020 neu gewählte 1. Bürgermeister Herr Dr. Gerhard Braunmiller Trauungen für den Standesamtsbezirk Miesbach vollziehen darf, muss er vom Stadtrat der Stadt Miesbach zum Eheschließungsstandesbeamten bestellt werden (§ 2 PStG i.V.m. § 2 Abs. 3 AVPStG).

Die Bestellung erfolgt auf Widerruf und erlischt spätestens mit dem Ablauf der Amtszeit (§ 3 Abs. 3 AVPStG).

Die Kurzschulung für Eheschließungsstandesbeamte nach § 2 Abs. 3 Satz 3 AVPStG wurde vom 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller bereits am 18.06.2020 beim Landratsamt Miesbach besucht.

Die Standesbeamtin Bauer erläutert kurz, dass der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller auf Grund persönlicher Beteiligung von der Abstimmung ausgeschlossen ist und der Stadtrat bitte der Ernennung zustimmt. Die 2. Bürgermeisterin Astrid Güldner übergibt dem neuen Eheschließungsstandesbeamten 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller die Ernennungsurkunde.

Beschluss:

Der Stadtrat ernennt den 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller aufgrund der oben genannten Vorschriften mit Wirkung vom 01.07.2020 zum Eheschließungsstandesbeamten für den Standesamtsbezirk Miesbach.

Abstimmungsergebnis: 23 / 0

Hinweis: ohne: Perkmann, Dr. Braunmiller = pers. beteiligt

6. Veröffentlichung von nichtöffentlichen Beschlüssen des Stadtrates

21.03.2013 Kanal-TV-Untersuchung und Kanaldruckprüfung an den Ortskanälen in Miesbach; Vergabe des Jahresvertrages für 2013

Der Stadtrat stimmt der Vergabe der Kamerabefahrungen und Druckprüfungen für die Ortskanäle der Stadt Miesbach im Jahr 2013 an die Firma Mayer aus Nußdorf zu.

21.03.2013 Antrag zum Erwerb von Grundstücksteilfläche aus städt. Grundstück Fl.Nr.: 1038/42; Gemarkung Wies; Berghalde/Thalhamer Straße

Der Stadtrat stimmt allenfalls einem Verkauf von ca. 500 m² (Hang auf voller Breite des Grundstücks) zu und ermächtigt die 1. Bürgermeisterin einen entsprechenden notariellen Vertrag zu schließen. Die Kosten der Beurkundung und Vermessung sowie anteilige Kosten des Gutachtens zur Handsicherheit werden durch den Verkäufer getragen. Auf den Bauausschussbeschluss vom 12.06.2012 zum Erhalt der durch die Baumschutzverordnung geschützten Bäume wird ausdrücklich hingewiesen.

21.03.2013 Kaufanfrage über eine Teilfläche mit ca. 40 m² im Bereich des Laurenziweges; Fl.Nr. 41 Gem. Parsberg

Der Stadtrat stimmt dem Verkauf der gewünschten Fläche mit ca. 40 m² zu. Im Kaufvertrag ist eine Grunddienstbarkeit zur Sicherung der Fläche als Parkplatz, zur Sicherung einer Teilfläche als Schneelagerplatz und zum Verbot der Einzäunung entlang des Laurenziweges zu vereinbaren. Die Kosten der Beurkundung und der Vermessung sind vom Erwerber zu tragen. Auf dieser Grundlage wird die 1. Bürgermeisterin zur Beurkundung des Kaufvertrages ermächtigt.

21.03.2013 Gesetzliche (kommunale) Vorkaufsrechte der Stadt Miesbach; Entscheidung über die Ausübung

Vorkaufsrechtsanfrage bzgl. des Grundstücks Fl.-Nr. 371 Gem. Miesbach (Teilfläche aus Harzbergschlössl)

Der Stadtrat beschließt, dass das bestehende Vorkaufsrecht nach § 24 Abs. 1 Nr. 6 BauGB nicht ausgeübt wird.

Vorkaufsrechtsanfrage bzgl. der Grundstücks Fl.-Nr. 153 Gem. Miesbach, „Pfarrgasse 8“

Der Stadtrat beschließt, dass das bestehende Vorkaufsrecht nach § 24 Abs. 1 Nr. 3 BauGB nicht ausgeübt wird.

Vorkaufsrechtsanfrage bzgl. der Grundstücks Fl.-Nr. 263 Gem. Miesbach; „Marktplatz 2“

Der Stadtrat beschließt, dass das bestehende Vorkaufsrecht nach § 24 Abs. 1 Nr. 3 BauGB nicht ausgeübt wird.

Vorkaufsrechtsanfrage bzgl. des Grundstücks Fl.-Nr. 12 Gem. Miesbach, „Salzweg 3“

Der Stadtrat beschließt, dass das bestehende Vorkaufsrecht nach § 24 Abs. 1 Nr. 3 BauGB nicht ausgeübt wird.

25.04.2013 Sammelausschreibung der Rohrnetzsanierungen beim städt. Wasserwerk im Jahr 2013; Auftragsvergabe

Der Stadtrat stimmt der Vergabe der Neuverlegung der Trinkwasserleitungen 2014 im Zuge der Sammelausschreibung für die Haidmühlstraße, Riezlerstraße und Albert-Schweitzer-Straße an die Firma Rink aus Rosenheim zu.

25.04.2013 Abschluss eines Überlassungs- und Betriebsträgervertrages für das Jugend- und Kulturzentrum im Haindkeller zwischen der Stadt Miesbach und dem Verein eigeninitiativ e.V.

Der Stadtrat stimmt dem vorgelegten Vertragsentwurf vollinhaltlich zu. Die 1. Bürgermeisterin wird ermächtigt, den Vertrag mit dem Verein eigeninitiativ zu schließen.

25.04.2013 Eishalle Miesbach, Rückführung der Eishallenverwaltung an den TEV Miesbach

Beschluss 1: Der Stadtrat ist mit der Rückführung der Eishallenverwaltung an den TEV Miesbach einverstanden. Die Neuregelung tritt am 01.05.2013 in Kraft. Ab dem gleichen Zeitpunkt tritt die Vereinbarung über die Eishallenverwaltung vom 04.07.2008 außer Kraft. Eine entsprechende Auflösungsvereinbarung ist abzuschließen.

Beschluss 2: Im Zusammenhang mit der Rückführung der Eishallenverwaltung an den TEV Miesbach genehmigt der Stadtrat die Anhebung des jährlichen Betriebsmittelzuschusses für den Betrieb der Eishalle ab dem Haushaltsjahr 2013. Im Jahr 2013 erhöht sich der Betriebsmittelzuschuss um 10.000 € auf 100.000 € und ab dem Jahr 2104 um jährliche 15.000 € auf 105.000 €.

25.04.2013 Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge

Kommunale Vorkaufsrechte

Vorkaufsrechtsanfrage hinsichtlich des Grundstücks Fl.Nr.: 224/2; Gemarkung Miesbach; Manhardtswinkl 2

Der Stadtrat beschließt, dass das bestehende Vorkaufsrecht nach § 24 Abs. 1 Nr. 3 BauGB nicht ausgeübt wird.

Vertragliches Vorkaufsrecht

Einheimischen-Programm Schweinthal; Kaufvertrag über Teilflächen der Grundstücke Fl.-Nr. 178/31 und 178/32 Gem.Wies – Schweinthal Straße 9

Der Stadtrat übt das Vorkaufsrecht für alle Verkaufsfälle im Zusammenhang mit dem Kaufvertrag vom 12.04.2013 nicht aus. Die Auflassungsvormerkung zur Sicherung der Eigennutzungsverpflichtung kann gelöscht werden. Bezüglich der Eintragung der Grundschuld für die Raiffeisenbank im Oberland eG stimmt der Stadtrat einem Rangrücktritt zu.

FW-Sprecher Lechner fragt nach, ob der Anbau an der Unimog-Garage am städtischen Bauhof vor der Maßnahme auch genehmigt wurde. Des Weiteren möchte er wissen, ob der Holzhacker und der Stapler, die am Bauhof stehen ungenehmigt angeschafft wurden. Die 1. Bürgermeisterin weist darauf hin, dass anlässlich der Planung des neuen Salzsilos der Bebauungsplan geändert wurde und dabei auch der Anbau einbezogen war. Die Genehmigung der B-Plan-Änderung erfolgte durch den Bauausschuss. Herr Kadel führt noch an, dass sowohl der „Hacker“ als auch der Stapler nicht im Eigentum der Stadt sind. Sie werden lediglich von einer Fremdfirma dort von Zeit zu Zeit abgestellt und dürfen im Gegenzug durch den Bauhof genutzt werden. Versicherungstechnisch bestehen für die Stadt keine Probleme.

23.05.2013 Ermächtigung der 1. Bürgermeisterin zur Beauftragung von Herrn Danner als „Aktivierer und Berater der Gewerbetreibenden in der Miesbacher Innenstadt“; Antragstellung Städtebauförderung

Der Stadtrat spricht für Herrn Danner als „Aktivierer und Berater der Gewerbetreibenden in der Miesbacher Innenstadt“ aus und beauftragt die Verwaltung einen entsprechenden Antrag auf Städtebauförderung zu stellen.

23.05.2013 Ersatzbeschaffung eines Mannschaftstransportwagen (MTW) für die FFW Miesbach; Auftragsvergabe

Der Stadtrat beschließt den Auftrag an die Firma Schmid & Co. GmbH in Miesbach als Niedrigstbietenden zu vergeben.

23.05.2013 Änderung der bestehenden Verträge im ehem. Krankenhaus

Der Stadtrat stimmt den Umbaumaßnahmen gem. dem Bauantrag zu (Baugenehmigung liegt derzeit nicht vor). Nach Vorlage der Baugenehmigung soll die Verwaltung die neuen bzw. zu ändernden Mietverträge zur Beschlussfassung vorbereiten.

23.05.2013 Vertragliche Vorkaufsrechte der Stadt Miesbach; Entscheidung über die Ausübung

Einheimischen-Programm Griesser; Vertragliches Vorkaufsrecht lastend am Grundbesitz Fl.Nr. 204/29 Gem. Wies

Die Auflassungsvormerkung zur Sicherung der Eigennutzungsverpflichtung kann gelöscht werden. Das Vorkaufsrecht für alle Verkaufsfälle bleibt im Rang bestehen.

Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 24 / 0

Hinweis: ohne: Perkmann

7. Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge

Freiluftkino

Stadträtin Brunner teilt mit, dass Sie in Zusammenarbeit mit Herrn Kalup in Miesbach im Waitzinger Park, ein Freiluftkino anbieten möchte. Es würden hierfür Kosten in Höhe von 6.500 € für 6 Tage entstehen. Die Stadt Miesbach sollte als Veranstalter auftreten und eventuelle Defizitbeträge ausgleichen. Stadträtin Assum gibt zu bedenken, dass eine solche Planung nur in Absprache mit der evangelischen Kirche stattfinden soll, da diese bereits seit Jahren ein Freiluftkino veranstaltet. Frau Assum unterstützt gerne als Kulturreferentin bei der Absprache.

Kinderkrippe

Stadträtin Jooß teilt dem Stadtrat mit, dass Sie sich die Kinderkrippe die „Klostergeister“ angesehen hat, und dies eine sehr schöne Einrichtung für Kinder geworden ist.

Riviera

Stadträtin Jooß möchte vom 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller wissen, in wie weit der Stadtrat in die Planungen für die Riviera mit einbezogen wird, da eine Planung nur mit der Verwaltung aus Ihrer Sicht nicht ausreichend ist. Daraufhin teilt Jugendreferent Christian Mittermaier mit, dass er in seiner Funktion, sowie Frau Frieße als Familienreferentin, bereits bei einem Gesprächstermin des 1. Bürgermeisters mit einer Spielplatzplanerin dabei waren.

Marktplatz

Stadtratsmitglied Markus Seemüller möchte auf Grund der Einschränkungen von Corona prüfen lassen, ob es Möglichkeiten gibt, dass die Gastronomen in Miesbach Ihren Terrassenbetrieb unkompliziert erweitern. Er könne sich gut vorstellen, dass z.B. am Marktplatz vor dem Wäsche Grabmaier Tische und Stühle für eine Bewirtung aufgestellt werden.

Bolzplatz in der Riviera

Stadtratsmitglied Seemüller hinterfragt nochmals die Aussagen des Immissionsschutzes zur Möglichkeit eines Bolzplatzes in der Riviera. Die Einschätzung, dass dies aus schalltechnischen Gründen nicht möglich sei, überzeuge ihn nicht, da die Riviera bereits erheblich vom Verkehrslärm der Bundesstraße belastet sei. Bauamtsleiter Breitwieser erläutert, dass die Verkehrslärmbelastung anderen gesetzlichen Bestimmungen (16. BImSchV) unterliegt und hinzunehmen ist, während der Lärm eines Bolzplatzes unter die strengerer Anforderungen der Sportanlagenlärmschutzverordnung fällt und daher die Möglichkeit für Betroffene bietet, bei Nichteinhaltung dagegen vorzugehen. Die Frage von Stadtratsmitglied Fertl, wie weit es immissionstechnisch fehle, konnte so nicht beantwortet werden.

Leider bringt aber auch eine Einschränkung der Betriebszeiten des Bolzplatzes insoweit nichts, da die relevanten Werte an der nächstgelegenen Wohnbebauung erst eingehalten werden könnten, wenn die Betriebszeiten auf unrealistische 2 Stunden pro Tag reduziert würden. Daraus kann schlussgefolgert werden, dass die entsprechenden Grenzwerte relativ weit verfehlt werden.

Wortmeldungen

Stadtratsmitglied Seemüller bittet den 1. Bürgermeister um Zeitbeschränkungen bei den Wortmeldungen im Stadtrat mittels einer sog. „Ampel“.

Öffnungszeiten Biergärten

Stadträtin Brunner möchte, dass die Gastronomen in der Stadt Miesbach auf Grund der aktuellen Coronalage in Form von längeren Öffnungszeiten der Biergärten unterstützt werden. Diese Unterstützung soll in der Form erfolgen, dass bis Ende September 2020 die Biergärten anstatt wie bisher 22:00 Uhr bis 23:00 Uhr geöffnet haben dürfen. Laut Auskunft des Landratsamt Miesbach – Immissionsschutz, soll die Stadt Miesbach einen Antrag stellen um eine größere Wirkung zu erzielen. Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller sichert eine Überprüfung zu.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Perkmann

Ende der Sitzung

gez. Dr. Gerhard Braunmiller
1. Bürgermeister